

SISN-2541ME

ÖSTERREICHISCHE BUNDESFORSTE

GENERALDIREKTION

ÖSTERR. BUNDESFORSTE POSTFACH AMTLICH A-1011 WIEN

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 W i e n

| | |
|-----------|---------------|
| Betrifft | GESETZENTWURF |
| Z. | 3P GE 986 |
| Datum: | 20. JUNI 1986 |
| Verteilt: | 20. JUNI 1986 |

H. Hayek

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen

Sachbearbeiter

(0222) 73 15 31

Datum

10269/86-II/1-Z Dr. Zehetner Durchwahl 4472 10. Juni 1986

Betreff:

Entwurf des Arbeits- und Sozial-
gerichts - Anpassungsgesetzes -
Stellungnahme

Sehr geehrte Herren!

25-7 Die Österr. Bundesforste beehren sich, 25 Ausfertigungen der
ho. Stellungnahme zum Entwurf des Arbeits- und Sozialgerichts -
Anpassungsgesetzes zu übermitteln.

Hochachtungsvoll

Generaldirektion der
Österr. Bundesforste



Dr. Franz Eggl
Generaldirektor-Stv

ÖSTERREICHISCHE BUNDESFORSTE

GENERALDIREKTION

ÖSTERR. BUNDESFORSTE POSTFACH AMTLICH A-1011 WIEN

An das

Bundesministerium für
Soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 W i e n

| | | | | | |
|-------------|----------------|-----------------|----------------|-----------------|---------------|
| Ihr Zeichen | Ihre Nachricht | Unser Zeichen | Sachbearbeiter | (0222) 73 15 31 | Datum |
| 31.400/66- | 14. Mai 1986 | 10269/86-II/1-Z | Dr. Zehetner | Durchwahl 4472 | 10. Juni 1986 |
| V/3/1986 | | | | | |

Betreff:

Entwurf des Arbeits- und Sozial-
gerichts - Anpassungsgesetzes -
Stellungnahme

Sehr geehrte Herren!

Unter Bezugnahme auf die o.a. Note beehren sich die Österr. Bundesforste zum Entwurf des Arbeits- und Sozialgerichts - Anpassungsgesetzes folgende Stellungnahme abzugeben:

Gem. § 15 Abs. 5 des Berufsausbildungsgesetzes ist bei einvernehmlicher Auflösung des Lehrverhältnisses eine Bescheinigung eines Einigungsamtes oder einer Kammer für Arbeiter und Angestellte erforderlich, aus der hervorgeht, daß der Lehrling über die Bestimmungen betreffend die Endigung und die vorzeitige Auflösung des Lehrverhältnisses belehrt wurde. Trotz der Vorschrift des § 92 ASGG, wonach die Arbeits- und Sozialgerichte auch dazu berufen sind, außerhalb von Rechtsstreitigkeiten nach besonderen gesetzlichen Vorschriften vorgesehene Rechtsbelehrungen zu erteilen, halten die Österr. Bundesforste eine entsprechende Novellierung des § 15 Abs. 5 BAG für erforderlich, wie dies etwa bei den entsprechenden Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes und des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes geschehen ist. Die in Rede stehende Vorschrift könnte etwa wie folgt textiert werden:

"... eine Bescheinigung eines Landes- oder Kreisgerichtes als Arbeits- und Sozialgericht bzw. des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien oder einer Kammer für Arbeiter und Angestellte ..."

25 Ausfertigungen der vorstehenden Stellungnahme werden dem Präsidium des Nationalrates unter einem zugeleitet.

